Gottfried Arlt Vortrag Studientag Halle 9. April 2016

**Die Bausoldatenbewegung und der Friedensweg von DDR-Kirchen als Nährboden von Bürgerbewegung und Friedlicher Revolution.**

Liebe Freundinnen und Freunde, ursprünglich stand an dieser Stelle Eberhard Bürger im Programm - aus gutem Grund, weil er sich wissenschaftlich mit dem Friedensweg der Kirchen beschäftigt hat. Solch eine Arbeit liegt mir nicht. Ich kann aber aus eigener Erfahrung als einer der ersten Bausoldaten und vielen Gesprächen und Informationen zu unserm Thema etwas sagen. Ich habe über Martin Arnold das ausgearbeitete Manuskript von Eberhard Bürger zu unserm Thema bekommen und kann so auch ihn ausführlich zu Wort kommen lassen. Er hat außerdem meine Erinnerungen bestärkt und präzisiert, auch wenn ich ihn nicht zitiere. So hat dieser Vortrag uns beide als Autoren.

Lassen sie mich gleich mit einem Kalenderblatt von Eberhard beginnen: S. 1

Heute ist der 9. April, der Todestag Dietrich Bonhoeffers. Mit einigen anderen Gefangenen zusammen wurde er 1945 im KZ Flossenbürg hingerichtet. - Bereits 1934 hatte Dietrich Bonhoeffer auf einer internationalen Konferenz in Fanö/ Dänemark eine Morgenandacht gehalten, aus der mir zwei Impulse wichtig geworden sind. Da ist einmal die dringliche Frage**: „Wer ruft zum Frieden auf, dass es die Welt hört?“** Und da ist zum anderen der **Gedanke von einem Konzil der Kirchen**: Die einzelne Kirche kann von der Gewalt des Hasses erdrückt werden, das Konzil nicht. Und in diesem Konzil versammelt sich eine Gemeinschaft, um die konkrete Verbindlichkeit in Christi Namen zu leben. Dieses Konzil kann zum Frieden aufrufen, dass es die Welt hört – so die Vision Bonhoeffers. Damals ist er mit dieser Vision weitgehend allein geblieben. Am 9. April 1945 endete Bonhoeffers Leben und Engagement – ohne jeden sichtbaren Erfolg. Damals hat niemand geahnt, wie viele Menschen in Ost und West von seinem Weg und seinen Schriften inspiriert werden sollten. - Soweit das Kalenderblatt.

**Was zu vorher zu bedenken ist…**

Es besteht ein wesentlicher Unterschied zwischen der gesellschaftlichen Situation in der DDR und der heutigen in kapitalistischen System der Bundesrepublik, der beachtet werden muss, wenn wir die damaligen Erfahrungen für uns heute fruchtbar machen wollen. Es ist dafür eine Übersetzungsarbeit notwendig, die vielleicht im Anschluss an diesen Vortrag beginnen kann. Das öffentliche und weithin auch das private Leben sollte von der sozialistisch bzw. marxistisch benannten Ideologie bestimmt sein. Es war eine Ideologie mit dem totalitären Anspruch. Die Kirchen hatten durch die striktere Trennung von Kirche und Staat in diesem System eine Außenseiterrolle, weil sie eine gewisse ökonomische Selbständigkeit hatten und stärker mit dem Westen vernetzt waren, wenn auch unter Stasi-Überwachung. Der totalitäre Anspruch, den die Partei hatte, machte sie anderseits aber auch angreifbarer durch fast jedes nichtkonforme Verhalten. So ist die Einrichtung von Baueinheiten ein Systembruch, der so nur in der DDR möglich war.

Heute leben wir in einem sogenannten freiheitlichen System, das vom kapitalistische Wirtschaftssystem beinahe vollständig durchdrungen ist und von der neoliberalen Ideologie bestimmt wird. Der Einzelne wird nicht durch Gewalt unterworfen, aber durch die materielle Abhängigkeit zur meist unbewussten Anpassung gezwungen. Er steht unter der Herrschaft des Mammon. Die sogenannten Volkskirchen haben sich an dieses System in ihren wirtschaftlichen Strukturen angepasst und eingebunden, sichtbar besonders bei der Kirchensteuer und der Militärseelsorge. Diese Anpassung macht dieses kapitalbestimmte System viel schwerer angreifbar.

**I. Bausoldaten**

1. **Wir kam es zur Ausstellung der Baueinheiten?**

In der DDR wurde die Wehrpflicht erst nach dem Bau der Mauer eingeführt. Im Wehrpflichtgesetz war Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen nicht vorgesehen, somit auch kein ziviler Ersatzdienst. Ideologisch begründet war Wehrdienst Friedensdienst: „Der Friede muss bewaffnet sein.“ Wer den Wehrdienst verweigerte musste mit Gefängnisstrafe rechnen. Zwischen 1962 und bis zur Aufstellung der Baueinheiten im September 1964 verweigerten etwa 1500 junge Männer aus Gewissensgründen den Wehrdienst. Die Kirchen hatten sich bei der Regierung um einen zivilen Ersatzdienst bemüht, aber entscheidend war die Ankündigung der Verweigerung von über 1500 jungen Männer, die in der evangelischen Kirche einen gewissen Rückhalt und eine zwar begrenzte, aber auch grenzüberschreitende Öffentlichkeit hatten. Das brachte die DDR-Führung in Schwierigkeiten. Wahrscheinlich weil sie nicht riskieren wollte, Hunderte bei jeder Einberufung ins Gefängnis stecken zu müssen, wurde innerhalb der NVA nach einer Lösung für dieses Problem gesucht. Am 7. 9. 1964 wurde die *„Anordnung über die* ***Aufstellung von Baueinheiten****“* erlassen, in der es heißt: „*Zum Dienst in den Baueinheiten werden solche Wehrpflichtigen herangezogen, die aus religiösen Anschauungen oder ähnlichen Gründen den Wehrdienst mit der Waffe ablehnen*.“ (Bei der Verweigerung habe wohl nicht nur ich in der Begründung gesagt, dass wir keine Waffe in die Hand nehmen wollen, aber nicht deutlich gemacht, dass wir das ganze militärische System mit seiner unbedingten Gehorsamsplicht ablehnen). Es war eine kleine Minderheit innerhalb der betroffenen jungen Männer, die aber durch ihre Bereitschaft, die Konsequenzen in Form von Gefängnisstrafe auf sich zu nehmen, die diesen Systembruch, der dazu noch gesetzlich geregelt war, bewirkt hat.

1. **Was hat junge Männer dazu gebracht, diese möglichen Konsequenzen einer Verweigerung auf sich zu nehmen?**

Das kann ich ein wenig an meinem Bespiel deutlich machen. Ich gehörte zu den Ersten die 1964 zu den Baueinheiten eingezogen wurden, nachdem ich 1962 bei der Erfassung und 1963 bei der Musterung zum Wehrdienst mündlich und schriftlich den Wehrdienst verweigert hatte. Ich bin 1939 kurz vor Beginn des 2. Weltkriegs geboren und in der Nachkriegsgesellschaft der DDR in einer christlichen Familie aufgewachsen. Ich teilte das allgemein herrschende Bewusstsein: „Nie wieder Krieg“, so wie es auch auf der Weltkirchenkonferenz 1948 in Amsterdam verkündet wurde: „Krieg darf nach Gottes Willen nicht sein“, während gleichzeitig der kalte Krieg zwischen Ost und West in Fahrt kam mit der damit verbundenen atomaren Aufrüstung. In der Schule gab es eine Auseinandersetzung mit der Nazizeit, die natürlich ideologisch bestimmt. Das führte auch bei mir zu den kritischen Fragen: Wie konnte es zu diesem Krieg kommen. Warum hat meine Elterngeneration das mitgemacht? Warum haben die Kirchen versagt? Vor allem dann während meinem Theologiestudium im geteilten Berlin haben mich die Fragen beschäftigt: Was sagt die Bibel zu Krieg und Frieden und zu einer gerechteren Welt? Wie ist die Bergpredigt Jesu zu verstehen? Was hat es mit dem propagierten Sozialismus auf sich? Außerdem hat uns die damalige Situation mit Massenflucht und Mauerbau in Berlin stark politisiert. Eine große Rolle spielte für mich die Literatur: Borchert, Böll, Brecht, Tucholsky u. a. und die Theater in Berlin. Das traditionelle Theologiestudium gab mir wenig Anregungen. Die holte ich mir in den Gruppen und Tagungen der Studentengemeinde und der Evangelischen Akademie und in den Diskussionen unter uns Studenten. So bin ich zu einem überzeugten Pazifisten geworden. Die Gewissensentscheidung der Wehrdienstverweigerung war dann die logische Konsequenz. Ich kann nicht sagen, dass ich dabei besonders mutig war. Es ging mir darum, mir und meiner Überzeugung nicht untreu zu werden. Und so erging es manchen anderen in meiner Umgebung, die ich dann z. T. in unserer Baueinheit wiedertraf.

1. **Was erlebten wir nach unserer Einberufung in den Baueinheiten?**

Am 4. November 1964 wurden etwa 240 Bausoldaten in vier Einsatzorte in der DDR eingezogen. Sicher hat die NVA gehofft, durch die Unterwerfung der Verweigerer in das totale System der Armee mit Zwang zum unbedingten Gehorsam zu erreichen, dass diese jungen Männer ihren Widerstand aufgeben würden. Das erwies sich als Irrtum. Im Gegenteil führte die Einberufung zu den Baueinheiten Verweigerer aus den verschiedenen Teilen der DDR zusammen. Wir wussten natürlich, dass wir in ein militärisches System eingegliedert würden, hatten aber die Hoffnung, etwas in Richtung eines zivilen Einsatzes tun zu können. Das erwies sich im Großen und Ganzen als Irrtum. Als wir die Uniform mit dem Spaten auf den Schulterstücken angezogen hatten, wurden uns damit auch fast alle persönlichen Entscheidungen abgenommen und wir in die Armee eingegliedert als ein kleines Rädchen im Getriebe der Macht. Trotzdem haben wir unsere Auseinandersetzung nicht aufgegeben. Wenn ich hier von wir spreche, dann war es nur ein aktiver Teil der Bausoldaten. Viele andere von uns versuchten, ohne sich zu sehr zu verbiegen, in der Armee ihren Glauben leben zu können und über die Zeit hinwegzukommen. Die Auseinandersetzungen begannen mit dem Gelöbnis, der DDR und der NVA unbedingten Gehorsam zu leisten. Ein großer Teil von uns hat den Befehl verweigert, zum Gelöbnis herauszutreten. Das hat 1964 noch keine Konsequenzen. Bei der folgenden Baueinheit 1966 wurde das Z. B. bei Rainer Eppelmann mit 8 Monaten Haft bestraft. Mitgesprochen hat dieses Gelöbnis auch in den folgenden Zeiten kaum ein Bausoldat. Wir haben versucht, die militärische Ausbildung abzulehnen, was nur partiell z. B. bei der Sturmbahn und Handgranatenweitwurf gelungen ist. Nach der militärischen Ausbildung kamen zum Arbeitseinsatz in den Forst und mussten Bäume fällen für militärische Zwecke, die wir nur erahnen konnten.

Im Mai 1965 wurden wir nach Prora gebracht, das später zu einem der größten Stationierungsorte der Bausoldaten werden sollte. Wir erfuhren, dass wir beim Bau eines Panzerschießplatzes mitarbeiten sollten. Als Reaktion auf diesen eindeutig militärischen Einsatz haben 6 Bausoldaten angekündigt, den Befehl zu dieser Arbeit zu verweigern. Ich gehörte dazu. Wir wurden wegen Befehlsverweigerung zu 6 Monaten Haft verurteilt und kamen in ein Haftlager in der Nähe von Greifswald, in dem Soldaten mit Strafen bis zu 2 Jahren inhaftiert waren. Auch in der Stralsunder Baueinheit haben zu etwa gleichen Zeit und aus ähnlichen Gründen mehre Bausoldaten einen Befehl verweigert und sind wie wir bestraft worden. In den ersten Monaten trafen wir dort (allerdings nur mit Blickkontakt) über hundert Totalverweigerer, alle bis auf drei evangelische Christen Zeugen Jehovas, die dann in andere Gefängnisse verlegt wurden. Dort mussten und konnten wir zivile Arbeiten machen z. T. außerhalb der Mauern des Haftlagers. Nach dem halben Jahr kamen wir zurück zu unserer Einheit. Die Haftzeit mussten wir nachdienen an einem anderen Ort unter für die NVA ziemlich zivilen Bedingungen. Wir sollten nicht in Kontakt zu den neu einberufenen Bausoldaten kommen.

Die Bausoldatenzeit haben wir sicher sehr unterschiedlich erlebt. Für alle war das Eingesperrtsein nicht leicht zu ertragen, auch wenn wir in der Natur arbeiten mussten. Schlimm war auch die erniedrigende Behandlung, die gebrüllten Befehle, ausgeliefert zu sein an dieses militärische System, das keine Individualität dulden wollte. Ausnahmen waren die meist sehr seltenen Ausgänge, die viele von uns in die nächst gelegene Gemeinde führten, wo wir gute Kontakte zu den Pfarrern und ihren Gemeindegliedern finden konnten und einfach Mensch sein konnten. Da haben viele eine Seel- und auch Leibsorge erlebt, die keiner organisierten Militärseelsorge bedurfte.

Ich glaube, da wo wir uns aktiv mit unserer Situation auseinandersetzten, haben wir ein gewisses Maß von inneren Freiheit erfahren trotz dieser vielen Kompromisse, die wir eingehen mussten. Die Zeit nach der Arbeit haben wir genutzt für Gespräche untereinander. Manche haben Eingaben an die Armeeführung und Staatsorgane gemacht mit der Bitte um einen zivilen Ersatzdienst. Einige von uns haben im Urlaub Kontakt aufgenommen mit der Berliner Kirchenleitung und unsere Anliegen vorgetragen. Wir haben z. B. auch ein Kulturprogramm zum 20. Jahrestag der Befreiung mit pazifistischen Gedichten aus der in der DDR erschienen Literatur gemacht, an dem auch Offiziere teilgenommen haben.

**Wie ist es weitergegangen mit den Bausoldaten?**

Es gab drei Phasen in den 25 Jahren bis 1989.

Von **1964 bis etwa 1975** wurde Verweigerer nur alle 18 Monate einberufen. Die NVA wollte wohl vermeiden, dass die schon vorher Einberufenen ihre „Widerstandserfahrungen“ an die neuen weitergeben konnten. Ehemalige BS haben deshalb „Altneutreffen“ an verschiedenen Orten am Wochenende zwischen Entlassung und Einberufenen organisiert, bei denen die gerade Entlassenen den neu Einberufenen wichtige Hinweise geben konnten. Auch wenn es nur wenige Teilnehmer waren, so konnten doch manche Erfahrungen vermittelt werden. Da die Bausoldaten auch weiterhin nicht ruhig blieben, sondern vor allem mit Eingaben für einen zivilen Ersatzdienst eintraten oder gegen ungerechtfertigte Behandlungen protestierten und die NVA mitbekam, dass die ehemaligen Bausoldaten sich gegenseitig er munterten und auch nach der Dienstzeit vernetzt blieben, nahm sie nicht ohne Erfolg eine Veränderung des Einsatzes von Bausoldaten vor.

In der **2. Phase von 1975 – 1982** wurden die Bausoldaten meist nur einzeln oder in kleinen Gruppen an vielen verschieden Standorten vor allem im Dienstleistungsbereich der Armee eingesetzt mit quasi zivilen Arbeiten als Heizer, in Armee-Krankenhäusern, im Küchen und Gartenbereich u ä. Das brachte für sie manche äußeren Freiheiten mit sich, die normale Soldaten nicht hatten. Die Zahl der Eingaben ging auch zurück. In dieser Zeit konnten nicht alle Bausoldaten einberufen werden. Totalverweigerer wurden in der Regel nicht einberufen. Diese Verweigerer konnten sich dessen aber nicht sicher sein. Wahrscheinlich führte dieser Stau von nicht einberufenen Verweigerern dann zu einer erneuten Veränderung der Einberufungspraxis.

In **der 3. Phase von 1982 – 1989** wurde eine wesentlich größere Anzahl von Bausoldaten in neuen Einheiten einberufen und das alle 6 Monate. Weil die DDR dringend Arbeitskräfte brauchte, wurden sie z. B. in der chemischen Industrie und in Mukran bei Saßnitz zum Bau eines Fährhafens eingesetzt. Für diese BS wurde der größte Standort in Prora auf Rügen eingerichtet. In der chemischen Industrie um Bitterfeld und Halle mussten sie manchmal mit Strafgefangenen Arbeiten machen, für die im zivilen Bereich kaum Arbeiter zu finden waren oder nur zu wesentlich höheren Löhnen, weil sie starken und krankmachenden Umweltbelastungen ausgesetzt waren. In den Kasernen waren sie zusätzlich einer starken militärischen Disziplinierung ausgeliefert.

In dieser Zeit veränderte sich auch die Zusammensetzung der Baueinheiten. An die Seite derjenigen, die aus christlich begründen Gewissensentscheidungen verweigert hat, traten Nichtchristen die aus politischen oder ähnlichen Gründen verweigert hatten und zunehmen junge Männer, die einen Ausreiseantrag gestellt hatten.

Im Herbst 1989 währen der friedlichen Revolution kam es auch in den Kasernen zu Protesten, ja selbst zu Demonstrationen und im November und Dezember 1989 konnten die ersten einen weißen Kittel über ihre Uniform ziehen und im Krankenhaus oder Seniorenheim einen zivilen Dienst leisten. Bald wurden auch die letzten BS nach Hause entlassen, um einen selbstgewählten zivilen Ersatzdienst zu leisten. Die erste demokratische Volkskammer schuf 1990 ein Zivildienstgesetzt ohne Gewissensprüfung und berief mit Reiner Eppelmann einen ehemaligen BS als Abrüstungs- und Verteidigungsminister. Mit dem Anschluss der DDR an die Bundesrepublik war das aber bald wieder Geschichte.

1. **Soll das alles gewesen sein mit unserm Einsatz für den Frieden?**

Das hat sich ein Teil der Bausoldaten gefragt, wenn sie nach 18 Monaten entlassen wurden. Für überzeugte Pazifisten war der waffenlose Wehrdienst ein Kompromiss, und noch dazu einer, mit dem wir uns nicht abfinden konnten, weil wir einem militärischen System gedient haben. Und doch war dieser faule Kompromiss nicht sinnlos: 1. Wir mussten uns mit diesem sozialistisch genannten Machtapparat auseinandersetzen. Das hat uns in unserer pazifistischen Überzeugung politisiert. 2. Ebenso musste sich die NVA bis in die Führungsspitzen mit den Pazifisten auseinandersetzen. 3. Die NVA sorgte gegen ihren Willen dafür, dass sich Pazifisten und Menschen, die sich für eine friedliche Welt einsetzen wollten, miteinander vernetzen konnten. Schon innerhalb des BS-Dienstes haben wir uns gegenseitig bestärkt im Widerspruch gegen das Militär. 4. Weil der waffenlose Wehrdienst ein ziemlich fauler Kompromiss war, konnten wir uns damit nicht zufrieden geben. Es musste danach mit dem Einsatz für den Frieden weitergehen. Eberhard Bürger zitiert Rudolf Albrecht: “Mit einem **Nein** zur Waffe rückte ich ein, mit einem **Ja** zum Friedensengagement kehrte ich zurück.

Nach der Entlassung trafen sich Bausoldaten regelmäßig wieder. **Altneutreffen** wurden organisiert. Es gab jährliche Treffen von BS einer Baueinheit. Es entstanden **regionale Arbeitskreise** u. a. in Leipzig, Dresden, Berlin, Saalfeld, Erfurt. Alle 5 später dann alle 10 Jahre wurden Bausoldatenkongresse veranstaltet mit großer Teilnehmerzahl. Die letzten 2004 in Potsdam und im vergangene Jahr in Wittenberg mit über 300 Teilnehmern. Als Beispiel für einen echten Zivildienst suchten sich einzelne BS eine Stelle für einen „**19. Monat“** in einer sozialen Einrichtung. 1973 wurde von Hans-Jörg Weigel das **Friedensseminar** Königswalde gegründet, dann durch Rudolf Albrecht das Friedensseminar Meißen, die alle halbe Jahre stattfanden und, was Königswalde betrifft, noch immer stattfinden. Es haben sich an vielen Orten kleinere und größere **Friedensgruppen** gebildet. Die Leipziger Gruppe der Bausoldaten hat sich seit 1982 an den **Friedensgebeten** in der Nikolaikirche in Leipzig beteiligt, die zur Keimzelle der friedlichen Revolution wurde. Wichtig war auch die Beratung von jungen Männern, die den Wehrdienst verweigern wollten. Das Thema Frieden wurde von den ehemaligen BS auch in die Jungen Gemeinden getragen oder auch in den kirchlichen Gruppen zur Sprache gebracht. Es gab Veranstaltungen in vielen Gemeinde über Gewaltfreiheit, am Beispiel Gandhi und Martin Luther King: Gewaltfreier Widerstand als eine Chance, mit der eine Minderheit sich einem repressiven System widersetzen konnte. 1980 fanden in vielen Gemeinden die ersten **Friedensdekaden** unter dem Motto „Schwerter zu Pflugscharen“ statt, in Halle als Brückengottesdienste mit einem Gang der Teilnehmer von einer Kirche zur andern über die Saalebrücke, was die Stasi sehr beunruhigte. Dieses Motto wurde als Aufnäher auch von Nichtchristen an ihren Jacken getragen. 1981 gründete Christoph Wonneberger die Initiative **Sozialer Friedensdienst**. So entwickelte sich in den Kirchen bei vielen ein Bewusstsein von Gewaltfreiheit, das den Boden für die friedliche Revolution bereitete. Als die Zeit reif war und die Menschen im Herbst 1989 mit dem Motto: „Keine Gewalt“ auf die Straße gingen, war vielen bewusst, dass mit dem Griff zur Gewalt alles verloren gewesen wäre.

1. **Welchen Einfluss hatten die Bausoldaten auf die Kirchen in der DDR?**

Schon nachdem die ersten BS eingezogen waren und einzelne Totalverweigerer und BS nach Befehlsverweigerungen inhaftiert worden waren wurden **Fürbittlisten** mit den Namen der Inhaftierten in den Gottesdiensten vieler Gemeinden verlesen. Es war wohl eine besondere Fügung das der Bischof der Kirchenprovinz Sachsen Johannes Jänicke von der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR den Auftrag bekam, **eine Handreichung zur Seelsorge an Wehrpflichtigen“** erarbeiten zu lassen. Ein großer Teil der Bischöfe und kirchenleitenden Personen waren Offiziere in der Armee des 3. Reiches gewesen. Jänicke hingegen hatte sich als Pazifist nur als Sanitätssoldat einberufen lassen und war offen für die Anliegen der Verweigerer. Die Arbeitsgruppe, die er berief fragte in der Handreichung nach dem Friedenszeugnis der Bibel und den Herausforderungen der damaligen Situation des Kalten Krieges. Und sie stellte von dieser biblischen Botschaft her Fragen zur Gewissenschärfung, sowohl an diejenigen, die zum normalen Wehrdienst gehen wollten, wie den denen, die zu den BE gehen wollten, und den Totalverweigerern. Sie kam zu einer für die deutschen Volkskirchen einmaligen Aussage: *„Es wird nicht gesagt werden können, dass das Friedenszeugnis der Kirchen in allen drei der heute in der DDR gefällten Entscheidungen junger Christen in gleicher Deutlichkeit Gestalt angenommen hat. Vielmehr sind die Verweigerer, die im Straflager für ihren Gehorsam mit persönlichem Freiheitsverlust leidend bezahlen, und auch die Bausoldaten, welche die Last nicht abreißender Gewissensfragen und Situationsentscheidungen übernehmen,* ***deutlichere Zeugen des gegenwärtigen Friedensgebotes*** *unseres Herrn. Aus ihrem Tun redet die Freiheit der Christen von den politischen Zwängen. Es bezeugt den wirklichen und wirksamen Friedensdienst Gottes mitten unter uns.
…Es verdient festgehalten zu werden, daß die Kirche… den Schutz der Kriegsdienstverweigerer als ihre Aufgabe bis heute einmütig festhält… Aber muß sie sich darüber hinaus nicht mit dem Zeugnis der Wehrdienstverweigerer in einer Weise verbünden, wie sie es so nun eben mit dem Wehrdienst heute an unserem Ort nicht mehr kann?*“ Da der Staat diese Handreichung unterbinden wollte und die Kirchenvertreter aufforderte, sie zurückzunehmen, wurde sie sehr unterschiedlich verbreitet. In der KPS konnten Pfarrer sie ohne Probleme bekommen. In der Thüringischen Landeskirche wurde sie von der Kirchenleitung zurückgehalten.

Schon bald sahen es die **Jungmännerwerke in der DDR** es als ihre Aufgabe, sich um die Verweigerer zu kümmern. Alle halbe Jahre traf im Jungmännerwerk Berlin aktive Verweigerer aus allen Teilen er DDR, um sich über die Stand der Wehrdienstverweigerung, sowohl der Bausoldaten wie der Totalverweigerer zu informieren und die Seelsorge an ihnen und die Aktivitäten der Verweigerer zu vernetzen und auch thematisch zum Pazifismus zu arbeiten. So wurde 1987 auch die Handreichung von 1965 aktualisiert.

Die Kirchen haben sowohl auf kirchenleitender wie auf Gemeindeebene die Arbeit der entstehenden Friedensgruppen sehr unterschiedlich begleitet und manchmal auch auf Druck des Staates hin behindert. Die SED und die Stasi stellten meist die leitenden Superintendenten zu Gesprächen ein, in denen sie aufgefordert wurden, die Mitarbeiter und ihre Arbeit, die der Partei missfiel zu stoppen. Von deren Zivilcourage hing es ab, wie sie darauf reagierten. Einige von ihnen solidarisierten sich ausdrücklich mit dieser Arbeit. Zunehmend wurden dann auch die Akteure selbst einbestellt und auch auf andere Weise bedroht.

Zum weiteren Friedensweg der DDR-Kirchen möchte ich nun **Eberhard Bürger** selbst zu Wort kommen lassen und aus seinem Manuskript lesen. 3.3. – 3.5

**3.3.** 1982: Die Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR hatte eine Arbeitsgruppe unter Leitung von Joachim Garstecki mit der Studie zu *„Grundfragen eines politischen Wirksamwerdens von christlichem Friedensdienst“* beauftragt, um die eigenen Positionen zu Friedensfragen zu klären. Das eigene Friedenshandeln sollte vorausschauend und begleitend reflektiert werden. Die Studie schloss mit einem umfangreichen Kapitel zum Thema Pazifismus. Ab 1982 fand dieses **„Pazifismus-Papier“** eine eigene Verbreitung „unter der Hand“ und bewirkte ein breites Echo aus ganz unterschiedlichen Richtungen. „*Wohl zum ersten Mal wurde öffentlich über Pazifismus so nachgedacht, dass er als eine begründete und legitime, ja perspektivisch lebensnotwendige Haltung verstanden werden konnte.
Darin heißt es: ‚Gewaltverzicht wird – noch unabweisbarer als in den 50iger Jahren – zu einer Forderung der politischen Vernunft. Nicht der Pazifismus …stellt die Grundlagen bisheriger Friedens- und Sicherheitspolitik in Europa in Frage, sondern das zunehmend destabilisierte System militärischer Friedenssicherung stößt an Grenzen seiner politischen Leistungsfähigkeit und provoziert damit die Frage nach einer neuen Sicherheitspolitik. Das verschafft dem pazifistischen Erbe eine überraschende Aktualität als Anfrage und Herausforderung.‘ (IV., 13).*

**3.4.** Im „Leitfaden zur seelsorgerlichen Beratung des Wehrdienstes und der Wehrerziehung“ von 1987 wird die Handreichung von 1965 bekräftigt: *„Die Kirche sieht in der Entscheidung von Christen, den Waffendienst oder den Wehrdienst überhaupt zu verweigern, einen Ausdruck des Glaubensgehorsams, der auf den Weg des Friedens führt.“*
Auch hier stellte sich die evangelische **Kirche eindeutig auf die Seite der Verweigerer** und sah in ihrem Weg den Zeugnis-Weg der Kirche.In Gottesdiensten wurde öffentlich Fürbitte gehalten für namentlich bekannte Christen unter den Bausoldaten und Totalverweigerern und von deren Ergehen erzählt.In der Folgezeit, wohl wesentlich mit angeregt durch die Anfragen und Kritiken von Bausoldaten und Jugendlichen, befassten sich die Landeskirchen und die Bundessynode mehrfach und öffentlich mit dem Friedensthema. In 3 Synoden des Bundes Evangelischer Kirchen wurden Fragen des Friedens zum Hauptthema:
1982 „Absage an Geist, Logik und Praxis der Abschreckung“
1983 „Gemeinsame Sicherheit“
1987 „Bekennen in der Friedensfrage“
In allen drei Synoden führte eine theologisch bedachte Problemstellung zu klaren politischen Optionen. Welches Gewicht die Kirchen den Entscheidungen in Friedensfragen gaben, das wird aus dem letztgenannten Synodenthema deutlich: Hier ging es ums **glaubwürdige Bekenntnis**, also um eine Grundfrage im Blick auf Glauben und Leben.
**Bis hierher war das vor allem der Weg der evangelischen Kirchen in der DDR.**

**3.5.** In den Dokumenten der **Ökumenischen Versammlung von 1988/89** (Dresden-Magdeburg-Dresden) wird die vorrangige Verpflichtung für Gewaltfreiheit eingegangen - diesmal jedoch **von allen** **in der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) der DDR vertretenen Kirchen!**
Es heißt dort: Wer im Vertrauen auf den Weg Jesu *„auf die Androhung und Anwendung von Gewalt verzichtet, bezeugt damit den unter uns schon gegenwärtigen Frieden Gottes…. Diesen Weg erkennt die Kirche als eine Gestalt der Nachfolge Jesu, die in ihrer Deutlichkeit von keiner anderen Entscheidung der Kirche übertroffen wird.*

Aus dem Gespräch zwischen Basisgruppen, Kirchenkreisen und Kirchenleitungen der in der ACK zusammengeschlossenen Kirchen der DDR gingen überraschend weitgehende Entwürfe hervor:
>Dokument 4: Der Übergang von einem System der Abschreckung zu einem System der politischen Friedenssicherung
>Dokument 5: Orientierung und Hilfen zur Entscheidung in Fragen des Wehrdienstes und der vormilitärischen Ausbildung
>Dokument 6: Aspekte der Friedenserziehung
>Dokument 7: Kirche des Friedens werden.
Auch die Fragen nach Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung wurden in einer einmaligen Intensität und Klarheit bedacht.**Zum ersten Mal in der deutschen Kirchengeschichte sind nicht nur einzelne, sondern ganze Kirchen gemeinsam so weit gegangen, Gewaltlosigkeit als wesentlichstes Gestaltungselement aus dem Glauben, als klar „deutlicheres Zeugnis“ zu bekennen.**Mit diesem Weg haben sich die Kirchen der DDR weiter vorgewagt, als das je in der deutschen Kirchengeschichte der Fall gewesen ist. Und sie haben sich weiter vorgewagt, als das in der Ökumene Konsens gewesen ist. Hatte Dietrich Bonhoeffer nicht von einem **Konzil der Kirchen** gesprochen, die glaubwürdig zu Frieden aufrufen und ihren Mitgliedern die Waffen aus der Hand nehmen könnten? Für den Bereich der DDR war es mit der Ökumenischen Versammlung zu solch einem Konzil gekommen*. (Soweit Eberhard Bürger)*

# Zum Schluss möchte ich meine Erfahrungen mit meiner Wehrdienstverweigerung und meinem Friedensengagement noch einmal zusammen fassen:

1. Seiner innersten Überzeugung, seinem Gewissen zu folgen, sich selbst treu zu bleiben, hat etwas Befreiendes, auch wenn die Konsequenzen dieser Tat ins Gefängnis führen können. Das Vertrauen auf Gott gibt eine innere Sicherheit und den nötigen Mut zu schwierigen Entscheidungen. Wenn eine qualifizierte Minderheit sich in ihrem Handeln ihrer Überzeugung treu bleibt, kann das selbst in einem Staat mit totalitärem Anspruch etwas bewirken.
2. (Auch dieser faule Kompromiss, den wir mit dem Dienst in den Baueinheiten eingegangen sind, war produktiv, weil einige sich dieser unbefriedigenden Situation gestellt haben und ihrer Vision treu geblieben sind. Die Erfahrung des sinnlosen Machtapparates der Armee und die unmittelbare Auseinandersetzung mit ihr war ein starker Anstoß, die eigene pazifistische Überzeugung auf ihre Praktizierbarkeit hin zu befragen.
3. Dieser faule Kompromiss der BE war ein ständiger Anstoß, dran zu bleiben und weiter an unserem Ziel einer friedlicheren Welt zu arbeiten. Dieser Anstoß war einer der treibenden Kräfte für die Entstehung einer unabhängigen Friedensbewegung in der DDR)
4. Die Einübung in Denken und Handeln einer aktiven Gewaltfreiheit bei vielen der Wehrdienstverweigerer hat zum gewaltfreien Sturz des totalitären Systems der DDR beigetragen. Diese Revolution nicht nur in der DDR ist ein Zeugnis dafür, dass gewaltfreies Handeln eine starke politische Kraft zur friedlichen Lösung von Konflikten ist.
5. Meine Erfahrungen mit der **Kirche**, besonders meiner Landeskirche waren durchweg positiv. Ich wurde von ihr unterstützt. Ich hatte bis 1989 das Gefühl, dass sie zu mir gestanden hat (auch in der kritischen Zeit 1988/89). Die Kirche hat unsere Anliegen aufgenommen, auch wenn es großen Widerstand von Seiten des Staates gab und innerhalb der Kirchenleitungen unterschiedlich, ja gegensätzliche Haltung zu Staat und Wehrdienst (Jänicke – Mitzenheim) zum Tragen kamen.
6. Wichtig waren mir eine neue **theologische Sicht** auf die Bergpredigt und die Zeugnisse der Propheten, die unser Handeln eine tiefe Begründung gaben: z. B. „Schwerter zu Pflugscharen“. Die Bergpredigt habe ich neu lesen gelernt, nicht als neues Gesetz, das nicht praktikabel ist, uns aber unserer Sündhaftigkeit überführt, sondern als Zuwendung Gottes zu den Machtlosen, Armen, nach Gerechtigkeit und Frieden Strebenden und als Weisung zu einem Handeln in der Welt, das unser Leben auf einem festen Fundament stellt und an einer friedlicheren und gerechteren Zukunft mitwirkt.
7. Ich habe inzwischen gelernt, dass Pazifismus nicht nur ein schönes zukünftiges Ziel beschreibt, sondern auch politische praktikable Maßstäbe gibt, wenn die Verantwortlichen ihren fatalen Gauben an die Macht der Gewalt aufgeben.